

Datum

22. November 2024

„Resignation ist keine Option“

ZdK-Präsidentin Stetter-Karp will „demokratisches Gemeinwesen stark machen“

Mit einem Appell, „das demokratische Gemeinwesen wieder resilient, stark und attraktiv zu machen“, hat die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Dr. Irme Stetter-Karp, die Vollversammlung in Berlin eröffnet. Die Demokratie sei „doppelt und dreifach unter Druck“, sagte sie. Jetzt gehe es „um Großes und Grundsätzliches: darum, dass die Menschenwürde unantastbar bleibt, dass Teilhabe für alle Wirklichkeit wird und die sozial-ökologische Transformation gelingt.“

Der Bruch der Regierungskoalition in Deutschland, just am Abend des 6. Novembers, an dem Donald Trump die US-Wahl gewonnen habe, sei ein „Politbeben“, dessen Ausgang ungewiss sei, sagte die ZdK-Präsidentin in ihrer [Auftakt-Rede](#). Für die europäische Sicherheitsarchitektur Sorge zu tragen, sei nun von deutscher Seite besonders wichtig. Innenpolitisch müsse damit gerechnet werden, dass wichtige Vorhaben nicht mehr vor den Neuwahlen realisiert würden. Das ZdK forcieren deshalb unter anderem seine Anstrengungen für das „Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen“. Der Generalsekretär des ZdK, Marc Frings, sei dazu Anfang November als Sachverständiger im Familienausschuss gehört worden. Umgekehrt sei auch Engagement zum Bremsen von „Eilverfahren“ gefragt. Dies betreffe etwa die Debatte um den Paragraphen 218 StGB, dessen Abschaffung immer wieder im Raum stehe, etwa jüngst durch den Entwurf einer interfraktionellen Abgeordnetengruppe, die den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches regeln wolle. Die ZdK-Präsidentin warnte: „Für eine gesellschaftliche Debatte dazu bleibt bis zur Neuwahl nicht genügend Zeit. Für ein Hauruckverfahren ist der Lebensschutz denkbar ungeeignet! Die doppelte Anwaltschaft für das ungeborene Leben und die Frauen muss nach meiner Überzeugung unverändert bestehen bleiben.“

Kirchenpolitisch sei der Druck ebenfalls hoch, so Stetter-Karp. Mit dem Ende der Weltsynode sei deutlich geworden, dass „eine Veränderung der Gesprächskultur allein nicht ausreicht“, um den sichtbaren Herausforderungen zu begegnen. „Es bleibt für mich eine große Enttäuschung, dass die Gleichrangigkeit der Geschlechter weiter nicht beachtet wird. Der große Anspruch, die Kirche wolle zuhören lernen, erweist sich

hier als Leerformel.“ Gleichzeitig gebe es Erfreuliches. Der Energie der Synode sei es zu verdanken, „dass wichtige Themen nicht in Arbeitsgruppen verschwunden sind“. So sei auch „die Frage der Weihe von Diakoninnen offengehalten worden“, sagte die ZdK-Präsidentin. „Nicht, dass das irgend hinreichend wäre. Dennoch: Das Thema Zugang von Frauen zu Weiheämtern lässt sich einfach nicht mehr von der Agenda streichen!“

Ein [Initiativantrag des ZdK-Präsidiums und der Sprecher*innen](#) der sieben ZdK-Sachbereiche unter dem Titel „Hab Mut, steh auf“ wurde von der Vollversammlung einstimmig angenommen. Die Antragstellenden wählten das Leitwort des 104. Deutschen Katholikentags 2026 in Würzburg, um auf die aktuelle politische Lage in Deutschland zu reagieren. „Das ZdK bekräftigt in dieser risikoreichen Situation seinen Einsatz für Demokratie, Vielfalt und den Schutz von Menschenrechten. Ein Abbau der Rechtsstaatlichkeit, Angriffe auf Minderheiten und eine völkische Ideologie sind menschenfeindlich und gefährden die freiheitlich-demokratische Grundordnung.“, heißt es in diesem Beschluss. Für Menschenrechte sei in Deutschland und weltweit konkreter Einsatz gefragt: „Wir leisten in den Gemeinden, durch unsere Organisationen und Hilfswerke mit über 700.000 Mitarbeitenden einen wirksamen Beitrag. Wir rufen alle Katholik*innen im Land dazu auf, die demokratischen Kräfte zu stärken und sich in den Wettstreit der politischen Programme aktiv einzumischen.“

Neue Denk-, Diskussions- und Planungsräume eröffnet die Vollversammlung anschließend mit einem Barcamp zum Thema Demokratie, das bis in den Nachmittag reicht. „Ziel ist die Stärkung des Zusammenhalts, das Sichtbarmachen unserer Demokratiearbeit und der Aufbau einer strategischen Allianz“, sagte ZdK-Generalsekretär Marc Frings. Dem Barcamp vorausgegangen war ein Gespräch zur Zukunft politischer Gestaltungsräume mit dem Bundestagspräsidenten a.D., Dr. Wolfgang Thierse (SPD), und dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann (Bündnis 90/Die Grünen). Daniel Günther, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (CDU), hatte kurzfristig absagen müssen.